

No 1 (2) 2008

CHRISTENTUM WELT • POLITIK

HEFTE ZUM GESELLSCHAFTLICHEN NACHDENKEN AUS CHRISTLICHER VERANTWORTUNG

Wissenschaftlicher Beirat:

Aniela Dylus
Jan Grosfeld
Piotr Mazurkiewicz
Stephan Raabe

Rezensent:

Prof. dr hab. Antoni Kamiński

Redaktion der deutschen Ausgabe:

Stephan Raabe, Konrad-Adenauer-Stiftung Warschau
Übersetzung aus dem Polnischen von Jan Obermeier

Herausgeber:

Konrad
Adenauer
Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
ul. J. Dąbrowskiego 56
PL-02-561 Warszawa
Tel.: 0048-22-845 93 30, Fax: 0048-22-848 54 37
E-Mail: kas@kas.pl
www.kas.pl, www.kas.de

Redaktion der polnischen Ausgabe:

Jan Grosfeld, Chefredakteur
Lehrstuhl für Soziales Denken der Kirche in der Gegenwart
Institut für Politologie der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität
ul. Dewajtis 5
PL-01-815 Warszawa
Tel.: 0048-22-561 89 10, Fax: 0048-22-839 82 05
E-Mail: zeszyty.ip@uksw.edu.pl
www.politologia.uksw.edu.pl/zeszyty

Grafische Gestaltung:

Mediakoncept, www.mediakoncept.pl

Vorwort

„Ethische Bürgergesellschaften“ als Grundlage einer demokratischen Weltordnung

Der Begriff der „ethischen Bürgergesellschaft“ als einer Gesellschaft, in der ethische Normen das ausschlaggebende Handlungsmotiv der Bürger bilden, die sich für öffentliche Belange einsetzen, sollte stärker als bisher bei der Analyse der internationalen Beziehungen berücksichtigt werden. Zu dieser Schlussfolgerung gelangt der bekannte polnische Soziologe Prof. Edmund Wnuk-Lipiński in seiner Untersuchung der Rolle der Bürgergesellschaften beim Zusammenbruch des kommunistischen Systems im östlichen Europa. Denn der letztlich „von unten“ und überwiegend auf friedliche Weise herbeigeführte Untergang des Kommunismus habe zu grundlegenden Veränderungen der internationalen Mächtekonstellation geführt. Daher erscheine es dringend notwendig, in Zukunft auch außerhalb Osteuropas verstärkt Ausschau nach entstehenden „ethischen Bürgergesellschaften“ zu halten.

Diese sind, wie Prof. Wnuk-Lipiński schreibt, mit Blick auf die Entwicklung einer demokratischen Weltordnung von zentraler Bedeutung. Denn solange sich die Welt in demokratische und autoritäre Regierungssysteme aufspaltet, wird auch die Herausbildung einer in lokalen Bürgergesellschaften verankerten demokratischen Weltordnung eher eine Utopie bleiben. Gegenwärtig sind nach Analysen von Freedom House nur weniger als die Hälfte aller 192 untersuchten Staaten auf der Welt demokratisch, wobei in diesen demokratischen Staaten wiederum nur 44 % der Weltbevölkerung lebt. Dennoch erscheint das Szenario einer Staatenordnung, in der demokratische Regierungen als offizi-

elle Repräsentanten der lokalen Bürgergesellschaften gelten können, in fer-
nerer Zukunft keineswegs abwegig. Die verschlungenen Pfade der Gestaltung
der Bürgergesellschaft in Mitteleuropa können dafür aufschlussreiche
Hinweise geben. Dass die Religion bei dem Streben nach Demokratie von nicht
zu unterschätzender Bedeutung ist und insbesondere das abendländische
Christentum mit der demokratischen Ordnung in einem engeren Zusammenhang
steht, ist ein weiterer Aspekt, auf den Wnuk-Lipiński in Anschluss an Samuel
Huntington hinweist.

Beides zusammen, christliche Überzeugungen und die Förderung von
Bürgergesellschaften, gehört zu den wesentlichen Aufgaben der weltweiten
Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung als einer christdemokratischen politi-
schen Stiftung. Die Übersetzung des Textes von Prof. Wnuk-Lipiński, der be-
reits als Heft zwei der Schriftenreihe „Christentum, Welt, Politik“ in Polnisch
erschienen ist, soll den deutsch-polnischen Gedankenaustausch zu diese Thema
ermöglichen und anregen.

Warschau, 13. Dezember 2007

Stephan Raabe

Leiter des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung

Edmund Wnuk-Lipiński

Die verschlungenen Pfade der Gestaltung der Bürgergesellschaft in Mitteleuropa

Die im Osten Europas nach 1989 vollzogenen tiefgreifenden Veränderungen ka-
men für zahlreiche Vertreter der Kommunismusforschung recht überraschend,
wobei die innere Dynamik der in zwei feindliche Blöcke gespaltenen Welt ganz
offen zutage trat. Die Zeitenwende von 1989 wirft auch weiterhin intellektuelle
Rätsel auf, obwohl das Wissen über diese Thematik inzwischen erheblich grö-
ßer ist. Die internationale Fachliteratur enthält zahlreiche ex post unternom-
mene Erklärungsversuche zum Epochenjahr 1989, in dessen Folge das globale
Mächtegleichgewicht auf den Kopf gestellt und Russland auf die Rolle einer le-
diglich regionalen Supermacht reduziert worden ist.

Die folgenden Überlegungen zielen nicht darauf ab, die derzeit existierenden
Erklärungsmodelle in eine systematische Ordnung zu zwingen. Daher sollen
nur einige wenige Deutungsmuster aufgegriffen werden, um die Verwirrung
der klassischen theoretischen Begriffswelt zu illustrieren, die durch den uner-
warteten Zusammenbruch des kommunistischen Systems im östlichen Europa
aufgekommen ist.

Das erste Erklärungsmodell kennzeichnet eine Denkart, die starke Anklänge an
Tocqueville aufweist: Die innere Verfassung eines Staates zerfällt, wenn sie nicht
imstande ist, die unter den Bürgern geweckten Hoffnungen und Aspirationen mit
begrenzten Reformen innerhalb eines insgesamt statischen Herrschaftssystems
zu stillen. Das zweite Deutungsmuster entspringt eher dem optimistischen Geist

der Aufklärung, der die Geschichte als permanenten Fortschrittsprozess auf allen gesellschaftlichen Gebieten betrachtet. Dabei stehen die Beziehungen zwischen sozialem Fortschritt und Modernisierungsdruck im Mittelpunkt. Demnach geht ein Herrschaftssystem immer dann unter, wenn es seine innere Evolution nicht mehr zu gewährleisten vermag.

Ein drittes, im Kontext der Theorie über rationale Wahlentscheidungen formuliertes Deutungsmuster geht davon aus, dass sich sowohl Individuen als auch die von ihnen geschaffenen Institutionen in ihrem Handeln an konkreten, vernunftgeleiteten Zielen orientieren. Dabei definiert man Rationalität als optimiertes Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag. Demzufolge zerfallen Herrschaftssysteme immer dann, wenn sich einzelne Mikro-Rationalitäten (d.h. die rationalen Verhaltensweisen von Individuen) nicht mit der systemimmanenten Makro-Rationalität aufrechnen lassen und stattdessen zu deren Störfaktoren werden.

Eine weitere Betrachtungsweise setzt in bezug auf das Problem der globalen Herrschaft voraus, dass es derzeit auf der Welt mehrere miteinander konkurrierende Entscheidungszentren in Politik, Kultur und Wirtschaft gibt. Deren Handlungslogik basiert auf der ständigen Expansion oder Aufrechterhaltung von dominanten Positionen in den jeweiligen geopolitischen Einflussphären. Darüber hinaus bilden sich infolge der Dominanz dieser Zentren in ihren Wirkungsbereichen bestimmte Herrschaftssysteme heraus, die stark an zentralistische Machtsysteme erinnern (z.B. sowjetisches Gesellschaftsmodell im ehemaligen Ostblock). Derartige Systeme gehen immer dann zugrunde, wenn das Zentrum nicht mehr in der Lage ist, seine krisenbedrohten Peripherien auf reproduktive Weise zu beherrschen und wirksam zu kontrollieren. Am Ende bricht dann das ganze System zusammen.

Nicht zuletzt spielt bei der Erhellung der Ursachen für den weltweiten Untergang des Kommunismus auch Max Webers Legitimationstheorie eine bedeutende Rolle. Demzufolge ist ein Herrschaftssystem immer dann vom inneren Zerfall bedroht, wenn sein Legitimationsdefizit sich auf einen kritischen (unterschiedlich definierten!) Punkt hinbewegt.

Alle vorab genannten Erklärungsmodelle nehmen bestimmte Einzelaspekte des zu untersuchenden Phänomens in den Blick. Der weltweite Zusammenbruch des Kommunismus bildete nämlich einen äußerst komplexen Entwicklungsprozess, der (insbesondere in Polen) bereits lange vor 1989 einsetzte.

Im folgenden soll aber noch ein weiteres Deutungsmuster näher erläutert werden. Dieses bezieht sich auf die Bedeutung der Bürgergesellschaft für die letztendlich so folgenschweren globalen Veränderungen von 1989. Gemeint ist allerdings nicht eine beliebige Form der Bürgergesellschaft, sondern eine noch nicht lange existierende, besondere Variante, die sich erst infolge außergewöhnlicher historischer Begleitumstände herausgebildet hat – die „ethische Bürgergesellschaft“.

Natürlich wird jede Bürgergesellschaft von denjenigen ethischen Grundsätzen geleitet, die in der jeweiligen sozialen Gemeinschaft vorherrschen. Aber die konkreten Motive der staatsbürgerlichen Aktivität innerhalb einer Gemeinschaft sind für gewöhnlich recht vielfältig. Sie reichen von der Realisierung von partikularen Interessen (auch auf Kosten moralischer Normen!) bis zu einem stark von Werten geleiteten Handeln. Wenn jedoch im engeren Sinne von einer „ethischen Bürgergesellschaft“ die Rede ist, so ist damit eine Gesellschaft gemeint, in der ethische Normen das ausschlaggebende Handlungsmotiv der sich für öffentliche Belange einsetzenden Bürger bilden – und eben nicht bestimmte Einzel- oder Gruppeninteressen.

Die generelle These lautet also wie folgt: Eine „ethische Bürgergesellschaft“ taucht eher in stark eingegrenzten Wirkungsbereichen auf, für gewöhnlich bei fehlender demokratischer Staatsordnung. Dies trifft insbesondere für monozentrische Herrschaftssysteme zu, die sich durch die im öffentlichen Diskurs herrschende „offizielle“ Ideologie legitimieren. Die ideologische Vereinnahmung derartiger Diskurse geschieht nicht so sehr durch die entsprechende Zustimmung breiter Massen, sondern durch die strenge Überwachung des gesamten öffentlichen Raumes durch die Herrschaftseliten, was übrigens in allen kommunistischen Staaten der Fall gewesen war. Unter diesen Bedingungen streben staatsbürgerliche Initiativen in Alternative zu den vom omnipotenten Staat künstlich

geweckten und kontrollierten Initiativen eher im moralischen Bereich und weniger mittels spezifischer Gruppeninteressen nach Legitimation.

Dafür gibt es einen einfachen Grund: Unabhängige Bürgerinitiativen sind riskant. Denn die Teilnahme daran kann leicht zum Verlust des Arbeitsplatzes, der persönlichen Freiheit oder gar des Lebens führen. Um diese Risiken auf sich zu nehmen, ist also ein starker Glaube an gewisse Werte notwendig (z.B. Menschenwürde oder Freiheit). Daneben muss die feste Überzeugung herrschen, dass die eigene Haltung moralisch höher steht als die der staatlichen Verfolger. Dieses besondere Konglomerat von persönlichen Einstellungen kann den einfachen Bürger zu einem riskanten Handeln ermuntern, das in seinen Auswirkungen sogar etablierte Herrschaftssysteme in ihren Grundfesten zu erschüttern vermag.

Doch immer dann, wenn undemokratische Herrschaftssysteme zu Fall kommen, werden übergeordnete moralische Werte nicht nur weiter bewahrt, sondern im öffentlichen Leben sogar unter besonderen Schutz gestellt, so dass sie früher oder später ganz selbstverständlich werden. Nach der Überwindung eines autoritären Regierungssystems ist der öffentliche Raum für pluralistisches Gedankengut und die Institutionalisierung verschiedenster gesellschaftlicher Kräfte zwar weiterhin offen, weist aber zunehmende innere Differenzierungen auf. Letztere betreffen nicht nur die zahlreichen, neu auftauchenden normativen Optionen, sondern auch die uneinheitlichen, oftmals geradezu gegensätzlichen Interessen einzelner Segmente der Gesellschaft, die ihre partikularen Interessen im öffentlichen Raum verwirklichen möchte.

Daher führt die Pluralisierung des öffentlichen Lebens unweigerlich zur Erosion der „ethischen Bürgergesellschaft“. Obwohl diese also ein notwendiges Instrument bei der Aushöhlung von sozialen Unterdrückungssystemen bildet, ist sie kaum in der Lage, den Zusammenbruch dieser Systeme unbeschadet zu überdauern. Denn in dieser Phase wird das Ringen um hehre moralische Werte überwiegend vom Kampf um spezifische Gruppeninteressen abgelöst. Bei der näheren Untersuchung dieser Hypothese lohnt sich zunächst ein Blick auf das Verhältnis zwischen Bürgergesellschaft und autoritärem Staat. Denn dieses Verhältnis ist nicht nur

für den Charakter der Bürgergesellschaft kennzeichnend, sondern auch für das Ausmaß des öffentlichen Raumes, der für autonome Initiativen der Bürger offen bleibt. Den Beziehungen zwischen Bürgern und kommunistischer Staatsmacht kommt eine Schlüsselbedeutung zu, denn anhand ihrer Analyse zeigt sich die tatsächliche Wirkmächtigkeit der Bürgergesellschaft, die radikale gesellschaftliche Veränderungen globalen Ausmaßes in Gang setzen kann.

Die Republik Polen ist bestens geeignet, den „Dominoeffekt“ der Demokratisierung im Osten Europas zu illustrieren. Aber warum ausgerechnet Polen? Es gibt mindestens zwei Gründe, warum dieses Land besonders interessant erscheint. Erstens setzte die weltweite Erosion des Kommunismus in Polen ein. Zweitens ist Polen ein „römisch-katholisches“ Land. Und die dominierende Religion eines Landes ist bei dessen Übergang vom Kommunismus zu einer anderen Gesellschaftsordnung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Last but not least soll in vorliegendem Beitrag auch auf die geopolitischen Konsequenzen der geglückten Initialzündung für die „von unten“ vollzogenen radikalen Veränderungen der Gesellschaft in Polen – und später auch anderen Ländern des östlichen Europas – eingegangen werden. Die Auflösung des Ostblocks hat ja zu einem tiefgreifenden politischen Wandel in ganz Europa und der Welt geführt. In der Folgezeit entstanden zahlreiche neue Nationalstaaten, die sich jedoch längst nicht alle eine demokratische Grundordnung gaben! Es stellt sich daher die Frage, ob man nicht einen bestimmten Ursachenkomplex nennen könnte, der die Herausbildung der Demokratie in den postkommunistischen Staaten begünstigte. Nachfolgende Überlegungen konzentrieren sich vor allem auf die Bedeutung kultureller Faktoren und religiöser Auffassungen in Hinblick auf die Ausrichtung des Systemwandels nach 1989.

Bürgergesellschaft und kommunistischer Staat

Das wachsende Interesse der Forschung an der Bürgergesellschaft wird mitunter mit dem Untergang des Kommunismus in direkten Zusammenhang gestellt. Dafür ließen sich gewichtige Gründe nennen. Denn dessen historische Niederlage trat auf spektakuläre Weise zutage und vollzog sich in den

meisten Fällen fast ohne Blutvergießen. Noch bedeutsamer erscheint die Tatsache, dass dadurch grundlegende Veränderungen des globalen Kräftegleichgewichts ausgelöst wurden, zu denen die vielerorts aufkeimenden Bürgergesellschaften maßgeblich beigetragen haben.

In einigen Ländern (z.B. Polen) spielte die entstehende Bürgergesellschaft sogar die entscheidende Rolle beim Sturz der kommunistischen Herrschaft. In anderen Staaten (z.B. Ungarn, Tschechien, baltische Republiken) trat die Bürgergesellschaft erst infolge des Zusammenbruchs des Kommunismus erneut auf den Plan, also zu einem Zeitpunkt, zu dem der öffentliche Raum für unabhängige Initiativen der Bürger wieder zugänglich geworden war. Die Anfänge der Bürgergesellschaft im östlichen Europa standen also in krassem Widerspruch zum kommunistischen Staat, wobei ihre innere Dynamik insbesondere zu Beginn von hehren moralischen Zielen aufrechterhalten wurde.

Für die konkrete Gestalt der Bürgergesellschaft und ihr Verhältnis zum Staat ist eher mangelndes Vertrauen als harmonische Zusammenarbeit kennzeichnend. Die spezifische Herausbildung der politischen Opposition und die von ihr gesetzten Akzente gegenüber der kommunistischen Herrschaft blieben nicht ohne Einfluss auf diese Entwicklung. Denn der spektakuläre Erfolg der gewaltlos bleibenden gesellschaftlichen Widerstandsbewegung in Polen schuf ein Musterbeispiel oder zumindest einen klaren Orientierungspunkt für die Formierung ähnlicher Bewegungen in anderen Ländern am Rande des sowjetischen Machtbereichs (z.B. litauische Sajūdis [LRLS = Bewegung der Liberalen der Litauischen Republik] oder das tschechische „Bürgerforum“ und dessen slowakische Partnervereinigung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ [VPN]).

Der Entstehungsprozess der Bürgergesellschaft in den Ländern des ehemaligen Ostblocks ist allem Anschein nach durch die wachsende Intensität der dort wirkenden Dissidentenbewegungen ausgelöst worden, deren Wurzeln bis in die frühen 1970er Jahre zurückreichen. Denn damals tauchten an den Rändern des sowjetischen Imperiums erstmals informelle Dissidentenbewegungen auf, die später zur Erosion des gesamten kommunistischen Herrschaftssystems beitrugen. Der Prozess des Untergangs des Kommunismus im Osten Europas

setzte also tatsächlich in Polen ein und weitete sich schließlich auch auf die Tschechoslowakei und Ungarn aus.

Obwohl sich damals auch in der UdSSR eine nationale Dissidentenbewegung herausgebildet hatte, blieb deren gesellschaftliche Reichweite stets stark beschränkt (1), wobei es ihr nicht gelang, eine Gegenelite zu schaffen, die katalysierende Anstöße für einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationsprozess hätte geben können (2). Darüber hinaus wurden diese und andere Aufbruchsbewegungen im Osten Europas vom Breschnew-Regime bereits in den 1970er Jahren gewaltsam eingedämmt (3). Ähnlich verhielt es sich in Ungarn und in der Tschechoslowakei, wo die Charta 77 entstand. Die dort wirkenden Dissidentenbewegungen konnten zwar ihre Entstehungszeit überdauern, erlangten aber nie breite gesellschaftliche Unterstützung. Daher waren sie zu schwach, um ohne geopolitische Mithilfe von außen von sich aus irreversible Demokratisierungsprozesse einzuleiten. Die damalige Entwicklung in Polen trug hingegen einen völlig anderen Charakter.

Die Herausbildung der Bürgergesellschaft setzte in der Volksrepublik Polen ein Jahrzehnt früher ein als in anderen Staaten des östlichen Europas. Die damalige Entwicklung in Polen verdient deshalb größere Aufmerksamkeit, da sie zum Modell für die Vorgehensweise in anderen Ländern der Region wurde (vor allem in Ungarn, Tschechien und der Slowakei). Das polnische Beispiel bestimmte in maßgeblicher Weise nicht nur die Funktionsweise einer Bürgergesellschaft, sondern auch den konkreten Verlauf des Demokratisierungsprozesses und gab konkrete Anstöße für die Herausbildung einer Bürgergesellschaft.

Die erste Welle dieses Entwicklungsprozesses blieb auf eine kleine Elite beschränkt und beruhte auf der moralischen Ablehnung des kommunistischen „Systems“ aufgrund der zahlreichen ideologischen Missbräuche, die dieses System zugelassen hatte. Auf diese Weise bildete sich gewissermaßen eine revisionistische Haltung heraus, man suchte nach einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. In Polen führte dieser „Revisionismus“ zum definitiven Untergang der stalinistischen Ära im Oktober 1956. In Ungarn, das unter dem starken Einfluss der Ereignisse in Polen stand, führten die „revisionistischen“ Vorstellungen zu einer nationalen Erhebung,

die mit Hilfe der militärischen Intervention der UdSSR brutal niedergeworfen wurde. In der Tschechoslowakei mündeten die „revisionistischen“ Auffassungen der kommunistischen Reformer unter Alexander Dubček im „Prager Frühling“. Auch dieser Aufstand wurde von Truppen des Warschauer Pakts ganz im Sinne der Breschnew-Doktrin gewaltsam erstickt.

In Polen führten sowohl die 1968 ausgebrochene Erhebung von Intelligenz und Studentenschaft als auch die Rebellion der Arbeiter an der Danziger Ostseeküste im Jahre 1970 zu regelrechten Palastrevolten in den Führungsetagen der Kommunistischen Partei. Begleitet wurde diese Entwicklung von einer zunächst noch stark eingeschränkten Liberalisierung der bislang geltenden Spielregeln in Politik und Gesellschaft. Die 1976 ausgelöste Protestwelle trug indessen maßgeblich zur Herausbildung von offen agierenden Dissidentenbewegungen bei. An dieser Stelle ragte insbesondere das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ [KOR] heraus, das gemeinsam mit anderen Gruppierungen rasch zur Keimzelle der oppositionellen Bürgerbewegungen im Lande wurde.

Etwas zur gleichen Zeit entstand in der Tschechoslowakei die Oppositionsbewegung „Charta 77“. Obwohl diese Entwicklungen nicht unbedingt mit dem Beginn des Demokratisierungsprozesses im kommunistisch beherrschten Europa gleichgesetzt werden dürfen, wiesen sie dennoch in augenfälliger Weise darauf hin, dass man dort zumindest die moralische Dimension eines staatsbürgerlichen Bewusstseins entdeckt hatte. Aus dieser revolutionären Aufbruchsstimmung erwuchs schließlich das ethische Modell einer Bürgergesellschaft. Diese griff auf ein Gedankengut zurück, das ursprünglich nur eine moralische Reaktion der elitären Intelligenz gegenüber den systemimmanenten Missbräuchen der kommunistischen Machtträger gewesen war.

Die entscheidenden Impulse für die Entstehung einer Bürgergesellschaft im Ostblock lieferte die erste Polenreise von Johannes Paul II. im Jahre 1979. Ganz abgesehen von ihren rein religiösen Implikationen sollte sich bald herausstellen, dass dieser Pilgerbesuch zwei Grundpfeiler der kommunistischen Herrschaft erschüttert hatte: (1) die Isolierung der Gesellschaft und (2) die staatliche Kontrolle des öffentlichen Diskurses. Darüber hinaus wurde dieser Besuch zur

Schlüsselerfahrung für Tausende von Polen, die sich „von unten“ aus eigener Kraft organisierten.

Die Isolierung einzelner Mitglieder der Gesellschaft konnte während der kommunistischen Ära deshalb aufrechterhalten werden, weil der Mittelbau zwischen den primären sozialen Gruppen und der staatlichen Ebene dem kommunistischen Machtapparat völlig untergeordnet war. Daher war jeder über Mikrostrukturen hinausgehende gesellschaftliche Dialog nur unter Vermittlung der staatlich kontrollierten Institutionen möglich. Psychologisch gesehen erweckte diese Konstellation den Eindruck, als ob „alle“ Mitglieder der Gesellschaft – oder zumindest alle, mit denen das Individuum auf mittlerer Ebene bestimmte Kontakte pflegte – nur diejenigen Haltungen und Verhaltensweisen an den Tag legten, die mit der staatlich verordneten Ideologie in Einklang standen.

Zusätzlich verstärkt wurde diese weit verbreitete Stimmung durch die präventiv eingesetzte Zensur, die bestimmte Themenkreise von vorneherein aus dem öffentlichen Diskurs ausschloss (z.B. Freiheit, Bürgerrechte, Meinungsvielfalt, Menschenwürde). Nicht zuletzt deshalb beschränkte sich der für den Einzelnen zugängliche, vom Staat nicht kontrollierte gesellschaftliche Raum auf die Familie, den engsten Freundes- oder Bekanntenkreis und (in einigen Fällen) auch auf die jeweilige Pfarrgemeinde. Alle diese privaten Lebensbereiche waren mit der von den kommunistischen Machthabern streng überwachten öffentlichen Sphäre nur oberflächlich verbunden.

Die soziale Wirklichkeit des Kommunismus prägte eine eigenartige Dichotomie: „wir“ und „sie“. Die „Wir“-Kategorie kennzeichnete das Privatleben von Menschen, die sich untereinander gut kannten und ihre persönliche Beziehungen auf Vertrauen, Zusammenarbeit und gegenseitige Aufmerksamkeit stützten. Die „Sie“-Kategorie bezog sich hingegen auf den gesamten öffentlichen Bereich und umfasste alle Menschen, mit denen der Einzelne in den staatlich kontrollierten Institutionen zu tun hatte. Diese Art von Kontakten waren gemäß der herrschenden Ideologie von antagonistischen Grundeinstellungen und Routine, geringem Vertrauen und spärlicher Kooperationsbereitschaft geprägt.

Die erste Pilgerreise Johannes Pauls II. nach Polen warf diese ideologischen Konstrukte jedoch völlig unerwartet über den Haufen. Denn rasch stellte sich heraus, dass sich der vom Staat nicht kontrollierte öffentliche Kommunikationsraum plötzlich stark ausdehnte und riesige Massen der Gesellschaft umfasste. Die „ähnlich Denkenden“, die sich damals bei den religiösen Feierlichkeiten und Veranstaltungen rund um den Papstbesuch begegneten, stellten zu ihrer Überraschung bald fest, dass ihre Zahl sehr groß war. Die „Wir“-Kategorie wuchs dadurch über alle Maßen an, während die „Sie“-Kategorie eher ins Stocken geriet und im Vergleich zu früher weitaus weniger fürchteneinflößend wirkte.

Darüber hinaus wurde die „erfrischende“, trostspendende Botschaft Johannes Pauls II. – die zuvor im öffentlichen Raum nicht geduldet worden war! – zum perfekten Modell der sozialen Kommunikation in der Anfangsphase der Demokratisierung. Dieses Modell ersetzte den bislang geltenden Typus des öffentlichen Diskurses in Polen.

Abgesehen davon bildete die Pilgerreise Johannes Pauls II. einen enormen organisatorischen Kraftakt, dessen Durchführung vor allem durch die Anstrengungen der aufopferungsvollen Freiwilligenhelfer von Erfolg gekrönt war. Diese Armee von Freiwilligen lieferte den personellen Grundstock, der nur knapp ein Jahr später von den Eliten und Volksmassen in Polen förmlich aufgesogen wurde, um die unabhängige Gewerkschaft Solidarność ins Leben zu rufen. Diese ca. zehn Millionen Anhänger zählende, sich „von unten“ konstituierende Massenbewegung entwickelte innerhalb weniger Monate feste institutionelle Formen.

Auf diese Weise begann die erste Phase der Demokratisierung in Polen, die etwa zehn Jahre andauern sollte. In deren Verlauf kristallisierte sich der Prototyp einer Bürgergesellschaft heraus, der sich anschließend in eine Bildungseinrichtung für breite Volksmassen umwandelte, um die Menschen in Demokratie und staatsbürgerliche Grundhaltungen „einzuüben“. In den zwischenmenschlichen Beziehungen überwog indessen die horizontale Komponente. Die soziale Kommunikation wurde nun nicht mehr durch vorausseilende Zensurmaßnahmen beschränkt und trug erheblich zur inhaltlichen Bereicherung der öffentli-

chen Debatte bei, so dass erstmals auch Tabuthemen aufgegriffen wurden. Darüber hinaus setzte sich die innergesellschaftliche Kommunikation erstmals über sämtliche ideologischen Klassenschranken hinweg. Auf diese Weise entstand ein überaus günstiger geistiger Nährboden für die Herausbildung einer Bürgergesellschaft.

Im Endeffekt wandelte sich die für die bisherige Gesellschaftsverfassung bzw. Plan- und Verteilungswirtschaft typische Klientel-Haltung stufenweise in eine staatsbürgerliche Grundeinstellung um. Dieser Transformationsprozess trat nicht nur innerhalb der Intelligenz, sondern auch unter Industriearbeitern und anderen Werktätigen zutage. Nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 konzentrierten sich die bezüglich der Bürgergesellschaft bislang virulenten Konzeptionen im schützenden Schatten der katholischen Kirche bzw. im Untergrund ausgehend vom ethischen Modell immer mehr auf eine Parallelgesellschaft, die den vom Staat erneut kontrollierten öffentlichen Raum ausfüllen sollte. Die inzwischen verbotene und aus der Öffentlichkeit gewaltsam verdrängte Solidarność überdauerte jedoch den offiziellen Kriegszustand im Lande, obwohl ihre Bewegungsfreiheit durch die Tätigkeit im Untergrund, aber auch unter den Fittichen der katholischen Kirche bedeutend eingeengt worden war.

Die damals weit verbreitete Vision einer Bürgergesellschaft war mit Sicherheit recht utopisch. Dennoch konnten sowohl die durch die abermals mögliche gesellschaftliche Selbstbestimmung gewonnenen Erfahrungen als auch das ursprüngliche ethische Modell der Bürgergesellschaft die Zeit des Kriegsrechts unbeschadet überstehen. Die mit Hilfe der Soziallehre Johannes Pauls II. und der katholischen Kirche langfristig aufrechterhaltene Vitalität dieser Erfahrungen machte es den kommunistischen Machthabern in Polen unmöglich, die von ihnen angestrebte „Normalisierung“ der Verhältnisse im Lande zu erreichen, zu der es in Ungarn nach dem Aufstand von 1956 und in der Tschechoslowakei nach dem Prager Frühling von 1968 gekommen war. Der Prototyp einer Bürgergesellschaft ließ sich also in Polen nicht auslöschen, obwohl das Militärregime unter General Wojciech Jaruzelski noch zu drastischeren Mitteln griff als sein tschechoslowakisches Pendant. Denn abgesehen von der Militarisierung zahlreicher

Wirtschaftsbetriebe kam es zu Masseninternierungen und zur Verhaftung bzw. steckbrieflichen Verfolgung führender Kräfte der Solidarność, wobei man auch vor der heimlichen Ermordung einiger ihrer Aktivisten nicht zurückschreckte.

Die Metamorphose von Klienten eines allmächtigen Staates zu Bürgern, die ihre soziale Souveränität im öffentlichen Leben zu schätzen wissen, ließ sich also nicht mehr umkehren, sondern wurde lediglich hinausgezögert. Die kommunistischen Machthaber konnten die Gesellschaft nicht mit undemokratischen Mitteln mobilisieren und mussten zugleich der äußerst funktionsschwachen Volkswirtschaft die Stirne bieten. Der Parteiführung in Warschau blieb dabei nichts anderes übrig, als hilflos mit anzusehen, wie sich eine akute gesellschaftliche Krise allmählich zum chronischen Dauerzustand entwickelte. Andererseits verlangsamte die Einführung des Kriegszustands den Prozess der Herausbildung einer Bürgergesellschaft auf nachhaltige Weise.

Parallel zu dieser Entwicklung setzte in der UdSSR die Ära Gorbatschow ein. Dies schuf günstige Voraussetzungen für die Herausbildung von Reformgruppierungen in allen Kommunistischen Parteien des östlichen Europas. Deren Reformkräfte waren Ende der 1980er Jahre in Polen und Ungarn bereits mächtiger als die Hardliner im Zentralkomitee der Partei. Und die Politik der Perestroika entwickelte sich zu einem entscheidenden Faktor bei der Neugestaltung des Kräfteverhältnisses innerhalb der kommunistischen Herrschaftseliten in diesen beiden Ostblockstaaten.

In jenem historischen Augenblick bildete Polen mit seinen starken, um die entrechteten Solidarność-Führer gruppierten Gegeneliten eine Ausnahme im östlichen Europa. Denn in allen anderen Ländern des Ostblocks gab es nur kleine Dissidentengruppen, die eine elitäre Alternative zur kommunistischen Staatsmacht darstellten. Außerdem war es höchst ungewiss, mit welcher gesellschaftlichen Unterstützung diese Eliten im Ernstfall rechnen konnten. In Polen hingegen gab es anhaltende Zeichen dafür, dass die Gegeneliten der Solidarność von großen Teilen der Gesellschaft getragen wurden, wenngleich diese inzwischen im Vergleich zum Beginn der 1980er Jahre an innerer Dynamik verloren hatten. Der Weg zu den Verhandlungen am sog. „Runden Tisch“, an dem

Vertreter des kommunistischen Regimes und der demokratischen Opposition gemeinsam Platz nehmen sollten, war also frei.

Der „Runde Tisch“, an dem sich von Februar bis Juni 1989 die Gegeneliten der Solidarność und die führenden Repräsentanten der kommunistischen Staatsmacht versammelten, leitete den Übergang zur Demokratie in Polen ein. Die von den Vertretern des alten Regimes und der Solidarność ausgehandelten Vereinbarungen setzten einen Prozess in Gang, der die ökonomische Liberalisierung parallel zur fortschreitenden Demokratisierung im Lande beschleunigte. Von diesem Zeitpunkt an beschritt Polen unbeirrbar den Weg in Richtung Demokratie und wurde damit tonangebend für ähnliche Entwicklungen in anderen Ostblockländern.

„Dominoeffekt“ im östlichen Europa: Der Fall Polen

Die Entwicklung in Polen im Laufe der 1980er Jahre wäre sicherlich ganz anders verlaufen, wenn sich damals nicht auch bestimmte externe Determinanten wesentlich verändert hätten. Denn wenn sich 1974 nicht eine dritte Demokratisierungswelle in Gang gesetzt hätte, wenn die Welt damals weniger globalisiert gewesen wäre, wenn Gorbatschow sich nicht die Perestroika auf die Fahnen geschrieben hätte, mit Hilfe derer das sowjetische Herrschaftssystem dem weltweiten Wandel angepasst und reformiert, aber keinesfalls gestürzt werden sollte, und wenn nicht ein Kardinal aus Polen den Stuhl Petri bestiegen hätte, wäre niemals eine günstige internationale Konstellation für radikale Veränderungen in Polen entstanden.

Diese seltsame Verquickung von äußeren Einflussfaktoren hat höchst unterschiedliche Folgen gezeitigt. Denn einerseits entstanden zwar gefestigte Demokratien in den baltischen Staaten, aber andererseits auch das autoritäre Herrschaftssystem in Belarus. Alle diese Länder waren ja bis Anfang der 1990er Jahre noch integrale Bestandteile des Sowjetimperiums gewesen. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass radikale gesellschaftliche Veränderungen immer dann eintreten, wenn sich äußere Determinanten auf günstige Weise mit inneren Bestimmungsfaktoren verknüpfen. Erst dann werden diese Veränderungen

überhaupt erst ausgelöst und bestimmen den weiteren Verlauf eines Systemwandels bzw. die daraus erwachsende politisch-gesellschaftliche Ordnung.

Eine katalysierende Wirkung auf den grundlegenden Wandel in Polen, der in der gesamten geopolitischen Region tiefgreifende Veränderungen auslöste und letztendlich zum Zerfall der Sowjetunion führte, ging von den günstigen äußeren Einflussfaktoren aus, wobei vor allem die Pilgerbesuche Johannes Pauls II. in der Heimat und dessen lebhafter Dialog mit Millionen von gläubigen Landsleuten hervorzuheben sind. Der Systemwandel in Polen wäre jedoch unmöglich gewesen, wenn es in diesem Land nicht starke gesellschaftliche Kräfte gegeben hätte, denen es durch jene externen Faktoren erleichtert wurde, gemeinsame Orientierungspunkte und einen moralischen Rahmen für kollektives Handeln zu finden (insbesondere die strikte Ablehnung von Gewalt beim Streben nach der Anerkennung von demokratischen Werten!).

Die Entwicklung der Lage in Polen in den 1980er Jahren wurde natürlich auch in den Nachbarländern aufmerksam beobachtet. Wie aus erst nach 1989 veröffentlichten, zeitgenössischen Quellen hervorgeht, waren sich die Machthaber im Kreml wohl bewusst über die Folgen, die eine Tolerierung der von der Solidarność erzwungenen Abweichung vom sowjetischen Herrschaftsmodell für die Integrität des gesamten Ostblocks und die Stellung der UdSSR in Europa haben konnte. Daher erwog man in Moskau ernsthaft die Wiederholung des Szenariums von 1968, als Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei einmarschiert waren und den „Prager Frühling“ gewaltsam unterdrückt hatten. Die bewaffnete Intervention in Afghanistan und die Furcht vor den negativen politischen Implikationen eines militärischen Eingreifens in Polen brachten die sowjetische Führung jedoch von diesem Vorhaben rasch wieder ab. Statt dessen sollte die Solidarność nun vom kommunistischen Sicherheitsapparat im eigenen Lande zerschlagen werden, was bei General Jaruzelski uneingeschränkte Zustimmung fand.

Die Einführung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 führte zwar zur Schwächung der Solidarność, das von den Kommunisten verfolgte strategische Ziel der Rückgewinnung einer umfassenden Kontrolle über das gesellschaft-

liche Leben in der Öffentlichkeit blieb aber letztlich unerreichbar. Denn die in der Solidarność angelegten Grundpfeiler der Bürgergesellschaft hatten ihre moralische Legitimität keineswegs verloren, wobei die Postulate der angestrebten Bürgergesellschaft durch die rücksichtslose Anwendung staatlicher Gewalt zusätzlichen Aufwind erhielten. Da die Solidarność eine dezentralistische, eher schwach organisierte Massenbewegung von unten war, ließ die vom kommunistischen Sicherheitsapparat in den 1980er Jahren durchgeführte Isolierung ihrer Führungseliten die gesellschaftlichen Proteste aber nicht verstummen.

Statt dessen herrschte bald eine Pattsituation: Jaruzelskis Militärregime sah sich trotz drakonischer Unterdrückungsmaßnahmen nicht imstande, ähnlich wie Gustáv Husák in der Tschechoslowakei (1968) eine „Normalisierung“ der Verhältnisse im Lande herbeizuführen. Umgekehrt war aber auch die in den Untergrund gedrängte Solidarność viel zu schwach, um ernsthaft an eine Übernahme der staatlichen Macht zu denken. Der Fall „Polen“ wurde von den Mächtigen im Kreml sicherlich mit besonderer Aufmerksamkeit betrachtet. Ein direkter Zusammenhang zwischen der Wahl Gorbatschows zum I. Generalsekretär der KPdSU und der dauerhaften Staatskrise in der Volksrepublik Polen bzw. dem hartnäckigen Widerstand der dort existierenden „ethischen Bürgergesellschaft“ lässt sich zwar kaum nachweisen. Dennoch dürfte die revolutionäre Entwicklung in Polen für den Aufstieg Gorbatschows an die Spitze der Macht in der Sowjetunion nicht ganz unerheblich gewesen sein.

Die Ergebnisse der 1989 in Polen geführten Gespräche am „Runden Tisch“ lösten in Ungarn einen ganz ähnlichen Prozess aus. Die sich überwiegend aus oppositionellen Intellektuellen zusammensetzenden Gegeneliten in diesem Land gingen sogar noch weiter als ihre polnischen „Kollegen“ und erzwangen mit einer „ausgehandelten Revolution“ die Ausrufung freier Parlamentswahlen. Kurze Zeit später wurde die Tschechoslowakei nach dem Muster Polens und Ungarns zum Schauplatz der „Samtenen Revolution“, in der die aufkommenden Massenunruhen schließlich zum Sturz des rigorosen kommunistischen Regimes führten. Bald darauf schlugen auch andere Länder des östlichen Europas unaufhaltsam den Weg der Demokratisierung ein.

Lediglich in Litauen, Rumänien und der UdSSR nahm der Abschied vom Kommunismus einen recht gewaltsamen Verlauf, wobei sich das Blutvergießen dennoch in Grenzen hielt. Das kommunistische Herrschaftssystem im Osten Europas fiel also letztlich wie ein Kartenhaus in sich zusammen, was zugleich auch das politische Kräftegleichgewicht auf dem Alten Kontinent wesentlich verschob. Dieser Prozess wurde erst durch den Fall der Berliner Mauer endgültig besiegelt. Damit nahmen der Kalte Krieg und die bipolare Teilung der Welt ein spektakuläres Ende.

Religion und Bürgergesellschaft

Bereits Samuel Huntington hat Anfang der 1990er Jahre darauf hingewiesen, dass die Religion für den Verlauf der dritten Demokratisierungswelle auf der Welt von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Westliches Christentum und demokratische Ordnung hängen laut Huntington eng zusammen. Denn der christliche Glaube bilde einen kulturellen Nährboden, der nach dem Zerfall eines nicht-demokratischen Systems den Übergang zur Demokratie weitaus wahrscheinlicher mache als die Akzeptanz einer neuen Variante von autoritärer Herrschaft. Huntingtons Urteil bezüglich der demokratischen Transformationsprozesse auf der Welt ist eindeutig: „The third wave of the 1970s and 1980s was overwhelmingly a Catholic wave.“ Die liberale Demokratie ist übrigens selbst ein Produkt der westlichen Kultur, wie Bhikhu Parekh überzeugend darlegt.

Die globale Ausdehnung der Demokratie betrifft jedoch eher ihre Verfahrensregeln und weniger ihre Werte, die in der Zivilisation des Westens als selbstverständlich gelten, während sie sich in anderen Teilen der Erde mit abweichenden Werten lokaler Kulturen vermischen. Umgekehrt stehen fundamentale westliche Werte wie z.B. Gleichheit, technologischer Fortschritt, Menschenwürde oder soziale bzw. subjektive Identität in unlösbarem Zusammenhang mit dem westlichen Christentum (entweder direkt oder als Bezugspunkte für die Formulierung alternativer Werte).

Die dritte Demokratisierungswelle, die in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts nach dem weltweiten Untergang des Kommunismus eine geradezu explosive

Wirkung entfaltete, trat jedoch in den einzelnen Nationalstaaten je nach kulturellem Nährboden und konfessioneller Dominanz mit höchst unterschiedlichem Impetus auf.

Die in Tabelle 1 ersichtlichen Angaben bestätigen insgesamt, dass sich demokratische Herrschaftsordnungen vor allem in denjenigen Nationalstaaten verankert haben, in denen das Christentum bereits zuvor eine vorherrschende Stellung eingenommen hatte. Umgekehrt erwies sich der kulturelle Nährboden für demokratische Veränderungen in den traditionell vom Islam geprägten Nationalstaaten am ungünstigsten. Nach Schätzungen des staatlichen Washingtoner Zentrums für Demokratieforschung Freedom House sind über 70% aller „christlichen“ Länder als liberale Demokratien anzusehen, während nur knapp 4% der islamischen Staaten auf der Welt demokratisch regiert werden. In Afrika erfüllen nur zwei islamische Staaten demokratische Grundkriterien: Mali (Muslime bilden 90% der Gesamtbevölkerung) und der Senegal (94% Muslime).

Tabelle 1:

Nationalstaat und konfessionelle Dominanz im Verhältnis zum Grad an Demokratie bzw. Freiheit

	Gesamtzahl der Staaten auf der Welt	Frei	Teilweise frei	Unfrei
in absoluten Zahlen				
christlich	112	81	23	8
islamisch	49	2	19	28
andere	30	11	9	10
in Prozent				
christlich	100.0	72.3	20.5	7.2
islamisch	100.0	4.1	38.8	57.1
andere	100.0	36.7	30.0	33.3

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der von Freedom House durchgeführten Untersuchungen in 191 Ländern der Welt. Obige Parameter beziehen sich nicht auf alle Staaten der Erde, sondern nur auf diejenigen Länder, bezüglich derer diese Angaben zugänglich sind.

Tabelle 2:

Der Grad an Demokratie bzw. Freiheit in den ehemaligen Ostblockländern im Verhältnis zur dort vorherrschenden Religionszugehörigkeit

	Insgesamt	Katholisch + protestantisch	Orthodox	Islamisch
insgesamt	21	8	8	5
frei	10	8	2	0
teilweise frei	4	0	4	0
frei unfrei	7	0	2	5

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der von Freedom House durchgeführten Untersuchungen in 191 Ländern der Welt.

Der Zerfall des Sowjetimperiums leitete die Entstehung von Nachfolgestaaten ein und ließ diejenigen Länder, die kraft der Beschlüsse von Jalta seit 1944 zum Einflussbereich der UdSSR gehört hatten, ihre Souveränität wiedererlangen. Auf diese Weise kristallisierten sich auf dem Territorium des ehemaligen Ostblocks zahlreiche unabhängige Staaten heraus, die selbst über ihr weiteres Schicksal entscheiden konnten, was insbesondere die Wahl zwischen demokratischer oder autoritärer Verfassung betraf.

In den Statistiken von Freedom House beläuft sich die Zahl dieser Staaten auf 21. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, entschieden sich längst nicht alle Länder des ehemaligen Ostblocks für die Demokratie als anzustrebende Herrschaftsordnung, wobei die jeweils vorherrschende Religionszugehörigkeit höchstwahrscheinlich der maßgebliche Faktor für den Übergang zur Demokratie gewesen ist. Alle „katholischen“ und „protestantischen“ – und damit dem westlichen Christentum anhängenden – Länder dieses Teils Europas sind heute parlamentarische Demokratien.

In den „orthodoxen“ Staaten hingegen verlief die Entwicklung höchst unterschiedlich: Lediglich zwei Staaten wählten ein demokratisches Regierungssystem. In zwei weiteren Staaten existieren heute autoritäre Herrschaftsordnungen und

in den übrigen vier Staaten (von Freedom House als „teilweise frei“ definiert!) entstanden entweder bislang noch ungefestigte Demokratien oder hybride Regierungssysteme mit einem Konglomerat von autoritären und demokratischen Elementen. Die in beiden Graphiken ersichtlichen Angaben bestätigen die Hypothese Huntingtons von der positiven Verbindung zwischen demokratischer Herrschaftsordnung und den sich im Orbit des westlichen Christentums entwickelnden Nationalkulturen.

Dieser innere Zusammenhang zeigt sich natürlich erst bei näherem Hinsehen. Das Phänomen der „ethischen Bürgergesellschaft“ erwies sich insbesondere in Polen als außerordentlich wirksames Instrument der gesellschaftlichen Emanzipation gegenüber dem kommunistischen Regime. Es lenkt den Blick der Demokratieforschung zwangsläufig auf die kulturellen Determinanten der Funktionsweise demokratischer Herrschaft. Es ist also davon auszugehen, dass die kulturelle Prägung des westlichen Christentums die Herausbildung von Bürgergesellschaften besonders begünstigt, wobei der beanspruchte Subjektcharakter mit im Christentum verankerten, moralischen Normen begründet wird. Das westliche Christentum legitimiert durch die bewusste Förderung „ethischer Bürgergesellschaften“ in autoritären Regierungssystemen das Streben nach Anerkennung des Subjektcharakters des Einzelnen gegenüber dem Staat. Weder die im engen Bündnis mit der Staatsgewalt stehende Orthodoxie, noch der Islam, in dem die staatlichen Machttäger ihre Legitimation oftmals unmittelbar aus der Religion schöpfen, wecken in ähnlicher Weise staatsbürgerliche Haltungen, die im Namen ethischer Prinzipien autoritäre Herrschaftsordnungen in Frage stellen können.

Am Beispiel der „katholischen“ Philippinen zeigt sich, dass dieser Mechanismus nicht nur im euroatlantischen Raum funktioniert. Denn auf der südostasiatischen Inselgruppe hatte einst der Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, die entscheidenden Impulse für die Formierung einer gesellschaftlichen Massenbewegung gegeben. Diese demokratische Aufbruchsbewegung trug wesentlich zum Sturz des autoritären Marcos-Regimes im Jahre 1986 bei und hat die anschließend eingeführte demokratische Grundordnung trotz einiger systemfeindlicher Putschversuche bis heute aufrechterhalten.

Schlussfolgerungen

Die eingangs genannte und im Rahmen dieser Überlegungen geprüfte Hypothese lässt den Schluss zu, dass man bei der Analyse der Dynamik globaler politischer Kräfteverhältnisse mehr als bisher kulturelle Indikatoren – insbesondere moralische Normen im lokalen Bereich – in den Blick nehmen müsste. Denn durch die Brille der vor Ort maßgeblichen ethischen Prinzipien wird nicht nur das jeweilige lokale Gesellschaftssystem, sondern auch die gesamte Weltordnung bewertet.

Wenn die Weltordnung nämlich die lokalen Abweichungen bei der normativen Betrachtung der gesellschaftlichen Wirklichkeit von vorneherein ignorieren würde, könnte die soziale Legitimation bzw. Stabilität der Weltordnung von denjenigen lokalen Kommunitäten untergraben werden, die diese Ordnung als bloßen Fremdkörper erachten, der in Widerspruch zu dem steht, was man jeweils vor Ort für gerecht und legitim hält. Gemäß dieser Sichtweise bildet die Weltordnung nur ein von übermächtigen kulturellen Zentren aufgezwungenes Herrschaftssystem.

Im Idealfall, der jedoch angesichts der kulturellen Vielfalt der Welt wohl niemals erreicht werden wird, würde eine stabile Weltordnung aus lebendigen, lokalen Bürgergesellschaften erwachsen, die sich auf ein gemeinsames Minimum an normativen Grundüberzeugungen berufen. In Wirklichkeit stützt sich die Weltordnung allerdings auf Machtkonstellationen und wechselseitige Vereinbarungen unter den Nationalstaaten, wobei nur demokratische Regierungen als offizielle Repräsentanten der lokalen Bürgergesellschaft gelten. Daher würde nur eine weitere Ausbreitung der dritten Demokratisierungswelle die Chancen für die Entstehung einer neuen, auch in den vielfältigen Bürgergesellschaften vor Ort verwurzelten Weltordnung erhöhen.

Wie jedoch aus den Forschungen von Freedom House hervorgeht, sind weniger als 50% aller 192 untersuchten Länder demokratisch, wobei in diesen Staaten nur knapp die Hälfte der Weltbevölkerung (44,1%) lebt. Solange sich die Welt also wie heute und in absehbarer Zukunft in demokratische und autoritäre

Regierungssysteme aufspaltet, wird auch die Herausbildung einer in lokalen Bürgergesellschaften fest verankerten Weltordnung eher eine Utopie bleiben. Dennoch erscheint dieses Szenario in fernerer Zukunft keineswegs abwegig.

Nichtsdestotrotz müsste man den Begriff der „ethischen Bürgergesellschaft“ bei der Analyse der internationalen Beziehungen trotz der vorab skizzierten globalen Systemunterschiede wohl stärker als bisher berücksichtigen. Dies erfordert auch eine intensivere Betrachtung der Anzeichen von aufkeimenden Bürgergesellschaften auf ortsspezifischen kulturellen oder religiösen Nährböden. Dabei wäre auch das dynamische Potential derartiger Entwicklungen für die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Subjektcharakters in autoritären Herrschaftsordnungen näher zu untersuchen.

Der letztlich „von unten“ und überwiegend auf friedliche Weise herbeigeführte Untergang des Kommunismus in der Welt hat zu grundlegenden Veränderungen der internationalen Mächtokonstellation geführt. Daher erscheint es dringend notwendig, in Zukunft auch außerhalb Osteuropas verstärkt Ausschau nach entstehenden „ethischen Bürgergesellschaften“ zu halten.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. *Social Conflict and Systemic Change: the Case of Poland 1980-1992*, ed. by W. Adamski, Warsaw 1993.
- ² Vgl. *Choice Theory. Advocacy and Critique*, ed. by J. Coleman / T. J. Fararo, Newbury Park-London-New Delhi 1992.
- ³ Vgl. J. Szacki, *Powrót idei społeczeństwa obywatelskiego [Die Idee der Bürgergesellschaft kehrt zurück]*, in: *Ani ksiązę ani kupiec. Obywatel [Weder Fürst noch Kaufmann: Bürger]*, Hg. ders., Kraków 1997; ders., *Der Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus*, Frankfurt/M. 2003.
- ⁴ Vgl. J. J. Linz / A. Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore-London 1996, S. 255.
- ⁵ Vgl. Z. Hegedus, *Social Movements and Social Change in Self-Creating Society: New Civil Initiatives in the International Arena*, in: *Globalisation, Knowledge and Society*, red. M. Albrow / E. King, London 1990.
- ⁶ Die von Leonid Breschnew (1906-1982) im Jahre 1968 unmittelbar nach dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei formulierte Doktrin besagte, dass die UdSSR das Recht zur militärischen Intervention in allen Ostblockstaaten besaß, wenn die dortige kommunistische Herrschaft von außen oder innen bedroht wurde. Diese Doktrin sanktionierte eine begrenzte politische Souveränität dieser Staaten. Die Breschnew-Doktrin verlor erst Mitte der 1980er Jahre völlig an Bedeutung, als Michail Gorbatschow den sowjetischen Kommunismus mit seiner tiefgreifenden *Reformpolitik der Perestroika und des Glasnost* zunehmend liberalisierte; vgl. M. J. Ouimet, *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill 2003.
- ⁷ Polizei und Geheimdienste konzentrierten sich damals auf ein anderes Ziel – die Eliminierung aller öffentlichen Anzeichen von Unzufriedenheit innerhalb der polnischen Gesellschaft; vgl. M. Lasota, *Donos na Wojtyłę. Karol Wojtyła w tezkach bezpieki [Die Denunzierung Wojtyłas. Karol Wojtyła in den Akten des Sicherheitsdienstes]*, Kraków 2006, S. 292-310.
- ⁸ Vgl. E. Wnuk-Lipiński, *Social Dimorphism*, in: *Society in Transition*, ed. by I. Białecki / J. Koralewicz / M. Watson, London 1987.
- ⁹ Vgl. S. P. Huntington, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, London 1991, S. 21.
- ¹⁰ Vgl. A. Paczkowski, *Pół wieku dziejów Polski [Ein halbes Jahrhundert polnischer Geschichte]*, Warszawa, 5. erw. Aufl. 2005; L. Luks, *Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin*, Regensburg 2000, S. 467-469.
- ¹¹ Vgl. Z. Brzeziński, *Cztery lata w Białym Domu [Vier Jahre im Weißen Haus]*, London 1986; ders., *Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems*, Wien 1989.
- ¹² Vgl. Huntington, S. 72-75.
- ¹³ Zit. ebd., S. 76.
- ¹⁴ Vgl. B. Parekh, *The Cultural Particularity of Liberal Democracy* (Political Studies [Special Issue] 40, 1992) S. 160-175.
- ¹⁵ Vgl. P. Beyer, *Religion and Globalisation*, London 1994.
- ¹⁶ Vgl. R. Doorenspleet, *Reassessing the Three Waves of Democratization* (World Politics 52, 2000) S. 384-406.
- ¹⁷ Siehe: http://religion.orf.at/projekt02/news/0506/ne050621_sin.htm.
- ¹⁸ Siehe *Freedom House, 2005 Survey* – www.freedomhouse.org

Zum Autor

Edmund Wnuk-Lipiński – Ordinarius für Soziologie, Gründungsdirektor des Instituts für Politische Studien an der Polnischen Akademie der Wissenschaften [PAN], derzeit Vorsitzender dessen Wissenschaftsrats; seit 2006 Rektor des Collegium Civitas Warschau. Dozent am College of Europe Brügge-Natolin. Stipendiat des Wiener Instituts für die Wissenschaft vom Menschen und der Universität Notre Dame (USA) sowie des Wissenschaftskollegs Berlin. Mitglied im Komitee für Soziologie der PAN und in anderen internationalen soziologischen Forschungseinrichtungen.

Wichtige Publikationen: *After Communism* (1995); *Demokratyczna rekonstrukcja. Z socjologii radykalnej zmiany społecznej [Demokratische Rekonstruktion. Zur Soziologie radikaler gesellschaftlicher Veränderungen]* (1996); *Values and Radical Social Change* (1998); *Granice wolności. Pamiętnik polskiej transformacji [Die Grenzen der Freiheit. Ein Tagebuch über die Transformation in Polen]* (2003); *Świat międzyepoki. Globalizacja, demokracja, państwo narodowe [Die Welt zwischen den Epochen. Globalisierung, Demokratie, Nationalstaat]* (2004); *Socjologia życia publicznego [Soziologie des öffentlichen Lebens]* (2005).

